



Katholische Arbeitnehmer-Bewegung der Diözese Aachen  
c/o Andris Gulbins | Diözesansekretär  
Martinstraße 6 | 52062 Aachen  
andris.gulbins@kab-aachen.de

Bundeskanzleramt  
Bundeskanzlerin  
Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

Aachen, 12.05.2021

### **Offener Brief**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Als BMZ-Minister Gerd Müller im Jahr 2019 ankündigte, ein Gesetz zur Sorgfaltspflicht in den Lieferketten auf den Weg bringen zu wollen, fand er große Unterstützung in der Zivilgesellschaft. Auch Mitglieder und Verantwortliche der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung, KAB der Diözese Aachen begrüßten diese Initiative und entschieden sich, dieses Vorhaben zu unterstützen und zu stärken.

Schließlich begründete Minister Müller seine Initiative mit christlichen Gründen. Auch wir meinen, dass der Schutz der Menschenwürde und die Achtung der Menschenrechte dem Kern der christlichen Botschaft entsprechen. Und schließlich sind es unsere Partner – Arbeiter:innenbewegungen in Afrika und Lateinamerika – die uns immer wieder auf gravierende Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen hinweisen. Sie stehen an den Anfängen der Lieferketten und setzen ihre Hoffnung auf uns und die deutsche Politik, endlich deutsche Unternehmen dabei zu kontrollieren, das Leiden der Menschen in den benannten Ländern zu beenden und die Rechte der Betroffenen zu stärken.

Wir sind entsetzt darüber, dass insbesondere in Ihrer Partei, der CDU, Vertreter:innen der Wirtschaftsverbände und die Wirtschaftslobby dafür gesorgt haben, den vorliegenden Gesetzesentwurf zu verwässern und sogar offen dafür eintreten, das Vorhaben vollends zu Fall zu bringen.

Sie, Frau Dr. Merkel, haben die Kompetenz, die Richtlinien der Politik festzulegen. Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte geben solche Richtlinien vor und verdeutlichen die gesellschaftliche Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen. Es geht im Kern um die Pflicht der Staaten, die Menschenrechte zu schützen und die Inpflichtnahme der Wirtschaft dort, wo Menschenrechtsverletzungen stattfinden und möglich gemacht werden, durchzugreifen und Veränderungen herbeizuführen – und dies ist kein „linksideologisches Projekt“, wie es aus Kreisen des Wirtschaftsrates der CDU heisst.

Am 20. Mai 2021 finden die abschließenden Beratungen im Bundestag statt. Wir fordern Sie als Bundeskanzlerin auf, dem Lobbyismus der Wirtschaft ein Ende zu

machen und dafür zu sorgen, dass Deutschland als einer der wichtigsten Akteure im Welthandel den Schritt zu einem tatsächlich wirkungsvollen Lieferkettengesetz macht und damit den Weg für eine ambitionierte EU-Regelung ebnet. Statt Lobbyismus braucht es Ihre Anwaltschaft für die Unternehmen, die nach ethischen Kriterien wirtschaften wollen, braucht es eine moralische Anwaltschaft für die Opfer von Menschenrechtsverletzung entlang der Lieferketten.

### **Wir werden schweigen!**

Um unserem Anliegen Nachdruck zu verleihen, fordern wir unsere Mitglieder und Verantwortliche der KAB der Diözese Aachen auf, öffentlich für 30min zu schweigen und den Alltag zu unterbrechen, wenn die Beratungen im Bundestag eröffnet werden. Dieses Schweigen steht für die ungehörten Opfer entlang der Lieferketten, die keine Stimme haben – dieses Schweigen steht auch für die verstummende Hoffnung vieler Bürgerinnen und Bürger, dass das Recht wie Wasser fließe und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach ströme (Amos 5,24).

Mit freundlichen Grüßen

<<< im Original unterschrieben >>>

Andris Gulbins (Diözesansekretär)

und zahlreiche entwicklungspolitische Akteuer:innen der KAB der Diözese Aachen